

**Lernen verboten?
– Bemerkungen zu einem Interview
mit Mahmud Ahmadineschad –**

von Reiner Bernstein*

Christiane Hoffmann, langjährige Korrespondentin der FAZ in Teheran, hat am 17. Juni in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ein langes Interview mit Mahmud Ahmadineschad publiziert. Die Ausführungen des iranischen Präsidenten zeichneten sich, wie nicht anders zu erwarten, durch eine stupende Selbstgerechtigkeit aus, begleitet von jenen Verschwörungstheorien, die keinen Zweifel daran lassen wollen, dass nur „die anderen“ – allgemein „der Westen“ und insbesondere die USA und das „zionistische Regime“ – für die stockenden Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm verantwortlich seien. Es soll dahingestellt bleiben, ob die „5 + 1“-Gespräche im UN-Auftrag einer vernünftigen Strategie folgen, die Iran zumindest den Gesichtsverlust erspart und die Bevölkerung des Landes nicht weiter in die Arme der Herrschenden treibt.

Viel Interessanter als das Interview ist der Begleitbericht der Autorin. Denn abgesehen von ihrer Frage, wie sinnvoll eine Befragung des Präsidenten sei, ohne sich zu blamieren, sind die Begründungen Christiane Hoffmanns aufschlussreich, nämlich warum sie Ahmadineschad in die Parade gefahren sei, als dieser das „zionistische Regime“ attackierte und sie darauf bestand, dass der Präsident wohl den Staat Israel meine. Hoffmann schrieb zur Begründung ihrer Intervention:

* Abgeschlossen am 17.06.2012. Das Interview mit dem iranischen Präsidenten steht unter dem Titel „Wir sind zu einem positiven Schritt bereit“; die Bemerkungen der FAZ-Redakteurin tragen die Überschrift „Die Wut kommt zu spät“.

„Jetzt fühle ich mich verpflichtet zu widersprechen, sonst könnte man mir Komplizenschaft unterstellen. Mein Schweigen könnte wie Einverständnis wirken. Das ist absurd, in keinem anderen Interview wird dem Journalisten, wenn er nicht widerspricht, Einverständnis unterstellt. Aber Ahmadineschad ist der Holocaust-Leugner und ich bin Deutsche.“

Die Autorin fährt fort:

„Als deutsche Journalistin fürchte ich, man könnte mir schon deshalb Antisemitismus unterstellen, weil ich dieses Interview führe. Auf allen Seiten muss ich mich rechtfertigen: vor meinen iranischen Freunden, vor meinem inneren Israel.“

Ein abenteuerliches Szenario. Eine deutsche Journalistin sieht sich veranlasst, vorab mit ihrem Ehemann das Interview zu proben, nicht nur um ihre journalistische Kompetenz zu stärken, sondern auch um einem befürchteten Antisemitismus-Tadel zu entgehen.

Ich selbst entsinne mich einer vergleichbaren Situation im Frühjahr 1976: Damals leitete ich das Bonner Büro der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und führte eine Gruppe deutscher Pädagogen nach Israel. Auf Einladung eines führenden Mitarbeiters im Jerusalemer Auswärtigen Amt fanden wir uns zu einem Gespräch in der Tel Aviver Hirsch-Bibliothek ein – der Vorläuferin des Goethe-Instituts; Gerhard Schoenberger war ihr Leiter. Als ein Teilnehmer vorsichtig die bereits im vollen Gange befindliche Siedlungspolitik ansprach, wurde ich von dem nachmaligen israelischen Botschafter in Bonn Yohanan Meroz dafür gerügt, dass ich die Frage nicht empört zurückgewiesen habe.

Seither scheint sich wenig geändert zu haben – die Vorsicht des Pädagogen damals und die Angst der Journalistin heute. Geändert hat sich freilich die Zielstrebigkeit der Jerusalemer Politik, in Ost-Jerusalem und in der Westbank irreversible Fakten zu schaffen und

damit jeden Vertrag mit den Palästinensern zu verhindern – es sei denn unter den Bedingungen ihrer Kapitulation.

Man kann der deutschen Nahostpolitik nicht den Vorwurf ersparen, an der Groteske, der sich Frau Hoffmann beugen zu müssen glaubte, Mitverantwortung zu tragen. Denn statt wenigstens den israelischen Botschafter ins Auswärtige Amt einzubestellen, wenn die Siedler-Vorposten im Herzen Ost-Jerusalems – in der Altstadt, in Silwan, in Sheikh Jarrach und in „Bet Orot (Haus der Lichter)“ auf dem Ölberg in unmittelbarer Nachbarschaft des Augusta-Viktoria-Krankenhauses – fortwährend wachsen, preisen deutsche Diplomaten die geldpolitische, technische und humanitäre Leistungsbilanz zugunsten der Palästinenser und werden nicht müde, sich dafür zu rühmen, an „der Ratsschlussfolgerung der EU-Außenminister zum Nahostfriedensprozess vom 14. Mai 2012“ beteiligt gewesen zu sein und darin „ihre Besorgnis“ über das Scheitern einer Zwei-Staaten-Lösung „zum Ausdruck“ gebracht zu haben.

Von Moshe Tavor, dem Angehörigen der Jüdischen Brigade im britischen Militär während des Zweiten Weltkrieges, 1960 beteiligt an der Entführung Adolf Eichmanns aus Buenos Aires und später Israel-Korrespondent der FAZ, stammt an die Adresse nachgeborener Deutscher das Wort von der „wissenden Unbefangenheit“. Wenn politisches Lernen über die schematische Wiederholung der historisch ausgelösten Besonderheit der Beziehungen hinaus einen Sinn haben soll, sollte man sich Tavors Weisung erinnern. Dazu gehört seitens der Redakteurin die Klärung des „inneren Israel“.
